

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einführung in die Untersuchung	15
§ 1 Einleitung	15
A. Aufhebungsverträge in der betrieblichen Praxis	15
I. Der Aufhebungsvertrag als Beendigungstatbestand	15
II. Motive und Beweggründe für den Abschluss eines Aufhebungsvertrags	16
1. Vorteile für den Arbeitgeber	16
2. Vorteile für den Arbeitnehmer	17
B. Bedeutung der Informationspflichten im Arbeitsverhältnis	18
C. Bedeutung der Informationspflichten beim Aufhebungsvertrag	20
1. Nachteile und Gefahren für den Arbeitnehmer	20
2. Interessenlage des Arbeitgebers	21
§ 2 Ziel und Gang der Untersuchung	22
A. Ziel der Untersuchung	22
I. Untersuchungsbedürfnis	22
II. Untersuchungsziel	24
B. Gang der Untersuchung	25
C. Terminologie	26
2. Kapitel: Aufklärungspflichten als rechtfertigungsbedürftige Ausnahme	27
§ 3 Grundsatz der Privatautonomie	27
A. Vertragsfreiheit als Ausprägung der Privatautonomie	27
B. Selbstverantwortung als Korrelat zur Selbstbestimmung	28
C. Vertragsfreiheit und Aufklärungspflichten	29
§ 4 Auskunftspflichten	31
A. Pflicht zur richtigen und vollständigen Beantwortung	31
B. Einschränkungen einer Auskunftspflicht	33
§ 5 Aufklärungspflichten	34

A. Dogmatische Grundlagen	35
I. Die gesetzliche (Nicht-)Regelung von Aufklärungspflichten	35
II. Lösungsansätze der Rechtsprechung	37
1. Informationsgefälle	38
2. Erkennbarer Informationsbedarf	38
3. Subsidiarität und Grenzen	39
III. Allgemeine Wertungen	40
1. Sozialstaatsprinzip	41
2. Fairnessgedanke	42
B. Grundsätze, aus denen Aufklärungspflichten folgen können	43
I. Vertrauensschutzerwägungen	43
1. Besonderes Vertrauensverhältnis	45
a) „Daktari“-Entscheidung	45
b) Langjährige Geschäftsbeziehung, enge Verbundenheit	46
c) Widerspruch zwischen früherem und gegenwärtigem Verhalten	47
2. Besondere Vertrauensstellung des Aufklärungsverpflichteten	48
a) Fachkunde	48
b) Korrekturverpflichtung	49
3. Besondere Schutzbedürftigkeit des Aufklärungsberechtigten	52
a) Offensichtlicher Irrtum der Gegenseite	52
b) Offensichtliche Rechts- und Sprachunkenntnis	54
c) Offensichtliche Geschäftsunerfahrenheit	54
d) Besonderes Eigeninteresse des Informationsverpflichteten oder Interessenkollision	55
4. Schaffung eines besonderen Gefährdungstatbestands	56
a) Beispiel: Bank	57
b) Beispiel: Bürgschaft	58
5. Fazit zu den Vertrauensschutzgesichtspunkten	58
II. Offensichtlich bedeutsame Umstände	59
1. Vorliegen offensichtlich bedeutsamer Umstände	60
2. Faktische Einschränkung der eigenverantwortlichen Informationsbeschaffung	60
3. Selbstverständliche oder völlig fernliegende Umstände	61
III. Strukturelle Unterlegenheit	63
1. Vertragsparität und Richtigkeitsgewähr	63
2. Die Bürgschaftentscheidung des BVerfG	64
3. Kein Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichtslagen durch Aufklärungspflichten	65
4. Strukturelle Informationsnachteile	66
§ 6 Grenzen einer Aufklärungspflicht	68
A. Selbstverständliche Umstände	68

B. Allgemeine Marktverhältnisse und normales Vertragsrisiko	69
C. Eigene Kalkulation und getätigte Investition in die Wissensbeschaffung	70
D. Geheimhaltungsinteressen	71
§ 7 Zusammenfassung	73
3. Kapitel: Aufklärungspflichten beim Aufhebungsvertrag	74
§ 8 Bedeutung einer Informationspflicht beim Aufhebungsvertrag	74
A. Mögliche Aufklärungspflichten	74
I. Arbeitsrechtliche Konsequenzen	74
II. Betriebliche Altersversorgung	75
III. Steuerrechtliche Auswirkungen	75
IV. Sozialversicherungsrechtliche Konsequenzen	76
1. Sozialversicherungspflicht der Abfindung	76
2. Ruhen des Arbeitslosengeldanspruchs, § 143a SGB III	77
3. Sperrzeiten	77
V. Weitere mögliche Besonderheiten	79
B. Beurteilung der Aufklärungspflichten in Rechtsprechung und Lehre	80
I. Rechtsprechung	80
1. Restriktive Rechtsprechung des BAG	80
2. Großzügige Instanzrechtsprechung	82
II. Schrifttum	82
1. Weitreichende Aufklärungspflichten	84
2. Restriktive Aufklärungspflichten	84
§ 9 Herleitung einer Aufklärungspflicht beim Aufhebungsvertrag	85
A. Ausdrücklich gesetzlich geregelte Informationspflichten	85
I. Hinweis auf Arbeitsuchendmeldung, § 2 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 SGB III	86
II. Auskunftsanspruch nach § 4a BetrAVG	86
III. Schriftformerfordernis, § 623 BGB	87
B. Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung und Arbeitsvertrag als Rechtsgrundlage	88
C. Aufklärungspflichten als vertragsimmanente Nebenpflichten	88
I. Fürsorgepflicht als Rechtsgrundlage?	89
1. Frühere dogmatische Lösungsansätze	89
2. Nebenvertragliche Schutzpflicht aus § 241 Abs. 2 BGB	90
II. Nebenpflicht aus dem vorvertraglichen Schuldverhältnis oder aus dem Arbeitsvertrag?	91
1. Problemstellung	91
2. Stellungnahme	92

D. Zusammenfassung zur Herleitung einer Aufklärungspflicht	93
§ 10 Kriterien einer Aufklärungspflicht beim Aufhebungsvertrag	93
A. Kritikpunkte hinsichtlich der bestehenden Lösungsansätze	94
B. Übertragung der Prinzipien, die für das allgemeine Zivilrecht entwickelt wurden	96
I. Vertrauenschutzerwägungen	96
1. Besonderes Vertrauensverhältnis	97
a) Initiative zum Vertragsschluss	97
b) Betriebliches Interesse	99
c) Widersprüchliches Verhalten	100
2. Besondere Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers	100
a) Ausnutzen der Schwäche des Arbeitnehmers	100
b) Offensichtlicher Irrtum des Arbeitnehmers	102
3. Besondere Vertrauensstellung des Arbeitgebers	102
a) Sachkunde des Arbeitgebers?	102
b) Korrekturverpflichtung	103
4. Schaffung eines besonderen Gefährdungstatbestands	103
II. Strukturelles Ungleichgewicht	104
1. Rechtsprechung des BAG	105
2. Literaturansichten	105
a) Zustimmung zur BAG-Rechtsprechung	105
b) Kritik an der BAG-Rechtsprechung	107
3. Eigene Beurteilung	108
a) Vorliegen einer typisierbaren strukturellen Unterlegenheit?	108
b) Existentielles Angewiesensein?	110
c) Strukturelle Informationsnachteile beim Aufhebungsvertrag	111
d) Heranziehung der Rechtsfigur der undue influence	111
e) Fazit	113
§ 11 Systematisierung der Kriterien	114
A. Pflichtbegründende Umstände	114
B. Pflichterhöhende Umstände	115
C. Pflichtmindernde bzw. -ausschließende Umstände	116
4. Kapitel: Inhalt und Umfang der Aufklärungspflichten beim Aufhebungsvertrag	120
§ 12 Umfang einer Aufklärungspflicht	120

A. Auskunftspflichten	120
B. Aufklärungspflichten	121
I. Unechte Aufklärungspflicht	121
II. Exkurs: Hinweis auf Ursache und Art der möglichen Nachteile	122
III. Echte Aufklärungspflicht	123
IV. Informationsbeschaffungspflicht	124
C. Feststehende und drohende Umstände	125
 § 13 Einteilung in Rechtsfragen und Tatsachenfragen	126
A. Sinn und Zweck der Einteilung	127
I. Struktureller Informationsnachteil typischerweise nur bei Tatsachen	127
II. Besondere Sachkunde	128
III. Irrelevanz einer Bedenkezeit bei Tatsachen	128
IV. Begleitung durch Dritte	129
V. Initiative des Arbeitnehmers, Geheimhaltungsinteressen des Arbeitgebers	130
B. Zusammenfassende Darstellung	130
 § 14 Tatsachen als konkreter Aufklärungssachverhalt	132
A. Aufklärungspflicht über den Gesprächsinhalt?	132
I. Überrumpelungentscheidung des LAG Hamburg	132
II. Pflicht, den Gesprächsinhalt im Vorfeld mitzuteilen?	134
1. Keine generelle Aufklärungspflicht über den Gesprächsinhalts	134
2. Aufklärungspflicht im Einzelfall?	135
B. Gefährdung der Abfindungszahlung	136
C. Absehbare oder laufende Sozialplanverhandlungen	137
D. Wechsel in eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG)	140
 § 15 Rechtsfragen als konkrete Aufklärungssachverhalte	143
A. Aufklärungspflicht über Teilnahme Dritter am Gespräch?	143
I. Anspruch des Arbeitnehmers auf Hinzuziehung einer dritten Person	144
1. Anspruch auf Hinzuziehung eines Betriebsratsmitglieds?	144
2. Anspruch auf Hinzuziehung eines Gewerkschaftsvertreters?	146
3. Anspruch auf Hinzuziehung eines Rechtsanwalts?	146
II. Aufklärungspflicht, weitere Personen zum Gespräch hinzuziehen zu können?	147
B. Verlust des allgemeinen und besonderen Kündigungsschutzes	148

C. Aufklärungspflicht hinsichtlich sozialversicherungsrechtlicher Konsequenzen?	150
I. Rechtsprechung	150
II. Besondere Sachkunde des Arbeitgebers?	150
III. Weitere Vertrauenschutzgesichtspunkte	152
D. Hinweis auf steuerliche Auswirkungen	155
E. Betriebliche Altersversorgung	156
I. Vorliegen eines Informationsgefälles	157
II. Besondere Sachkunde?	157
III. Weitere Vertrauenschutzerwägungen	158
IV. Umfang einer im Ausnahmefall bestehenden Aufklärungspflicht	159
F. Hinweispflicht auf einzelne Klauseln des Aufhebungsvertrags	160
I. Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle nach §§ 305 ff. BGB	161
II. Ausgleichsklauseln als überraschende Klauseln nach § 305c Abs. 1 BGB	162
III. Auslegung von Ausgleichsklauseln	163
IV. Ausgleichsklauseln als intransparente Klauseln nach § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	164
G. Aufklärung über Bedenkzeit?	165
I. Pflicht zur Einräumung einer Bedenkzeit?	165
II. Aufklärungspflicht?	167
 5. Kapitel: Aufklärungspflichtverletzung	169
 § 16 Widerruf und Rücktritt	169
A. Kollektiv- und individualvertragliche Rücktritts- und Widerrufsrechte	169
B. Gesetzliche Rücktritts- und Widerrufsrechte	169
I. Gesetzliches Widerrufsrecht?	170
II. Gesetzliches Rücktrittsrecht?	171
III. Fazit	171
 § 17 Anfechtung des Aufhebungsvertrags	171
A. Anfechtung wegen Irrtums	172
B. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	172
I. Täuschung über zukünftige Tatsachen?	173
II. Kausalität	174
III. Arglist	175
 § 18 Schadensersatz	176
A. Tatbestandsvoraussetzungen	176

I.	Pflichtverletzung	176
II.	Verschulden	177
1.	Allgemeines	177
2.	Vorsatzdogma?	178
III.	Schaden	181
1.	Erfordernis eines Vermögensschadens?	181
2.	Stellungnahme	182
IV.	Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden	184
1.	Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens?	185
2.	Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	187
a)	Rechtsfragen als Inhalt einer Aufklärungspflicht	187
b)	Tatsachen als Inhalt einer Aufklärungspflicht	188
c)	Fazit	189
B.	Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs	189
I.	Schutzzweckzusammenhang	191
II.	Unwirksamkeit des Aufhebungsvertrags?	192
C.	Mitverschulden	194
D.	Anpassungen in zeitlicher Hinsicht?	195
I.	Begrenzung des Anspruchs nach § 124 BGB oder § 4 KSchG?	195
II.	Eigene Bewertung	196
E.	Ergebnis	198
6. Kapitel:	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	200
Literaturverzeichnis		207